Die

Niederlande und Preussen.

Eine Antwort

an

Herrn Groen van Prinsterer

von

Erwin Nasse,
Professor zu Bonn

Bonn 1867.
Verlag von Max Cohen & Sohn.

(Nasse)

Die

Niederlande und Preussen.

Eine Antwort

an

Herrn Groen van Prinsterer

von

Erwin Nasse,
Professor zu Bonn.

Bonn 1867.
Verlag von Max Cohen & Sohn.

Sie haben, hochgeehrter Herr, mir eine kleine Schrift „La Prusse et les Pays-Bas" übersandt, für die ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank sage. Ich gehöre freilich weder zu Ihren Berliner Freunden, an die Sie Sich in derselben besonders wenden, noch kann ich bei aller Hochachtung vor Stahl mich zu den Anhängern seiner Staatslehre rechnen, von denen Sie Auskunft über ihre Stellung zu der preussischen Politik des vorigen Jahres zu erhalten wünschen. Wenn ich es dennoch unternehme mit einer kurzen Antwort auf Ihre Schrift hervorzutreten, so leitet mich der Wunsch der neuerdings entstandenen und, wie es fast scheint, noch im Wachsen begriffenen Entfremdung des niederländischen und preussischen Volks entgegen zu wirken. Sie selbst verfolgen einen ähnlichen Zweck, wenn Sie die in Deutschland verbreiteten irrthümlichen Ansichten über einen kriegslustigen Hass der Niederländer gegen Preussen berichtigen. Aber die unverkennbar vorhandene gegenseitige Verstimmung wird, wie mir scheint, dadurch allein nicht gehoben; sie beruht vielmehr auf der so gänzlich verschiedenen Beurtheilung, welche die deutschen Ereignisse des vorigen Jahrs in Niederland und in Preussen gefunden haben. Da nun ihre jetzige Brochure nur der erste Abschnitt einer grössern Schrift über diese Vorgänge ist, welche Sie vorbereiten, und Ihr Urtheil einen grossen Einfluss auf Ihre Landsleute ausüben wird, so bitte ich um die Erlaubniss Ihnen einige Gedanken und Thatsachen mittheilen zu dürfen, von denen ich hoffe, dass sie zur gegenseitigen Verständigung beitragen können.

Auch in frühern Zeiten begegnete man wohl in den Niederlanden wie in Preussen hin und wieder Stimmungen, die einer gegenseitigen Annäherung nicht günstig waren. Es ist kaum zu vermeiden, dass beim Blick auf die Niederlande der Deutsche gedenkt an die Verluste, welche sein Vaterland in einer Zeit tiefer Zerrissenheit und Erniedrigung erlitten hat und ebenso ist es natürlich, dass den Niederländer das Aufkommen Preussens erinnert an die relativ gesunkene eigene Bedeutung in Europa. Unter den Deutschen verkennen daher diejenigen, welche von holländischer Sprache, Litteratur und Volksart keine Kenntniss haben, leicht die Berechtigung der nationalen Eigenthümlichkeiten und der Sonderstellung Niederlands. In den Kreisen des niederländischen Volks dagegen, welche den aus Deutschland kommenden geistigen Strömungen weniger zugänglich sind, findet sich wohl mitunter ein Herabsehen auf alles Deutsche, das sich als eine Art Anachronismus erhalten zu haben scheint aus der Zeit, in welcher die höchste Blüthe Niederlands mit dem tiefsten Verfall Deutschlands zusammenfiel.

Ein Beweis ähnlicher Gesinnungen auf deutscher Seite ist leider der Artikel in der N. Preuss. Zeitung, von dem ich bedaure, dass er die Veranlassung zu Ihrer Schrift werden musste. Derselbe ist allerdings geeignet das Nationalgefühl der Niederländer bitter zu verletzen. Indess scheint man seine Bedeutung in Holland weit überschätzt zu haben. Bei uns weiss Jedermann, dass die Kreuzzeitung kein Organ der Staatsregierung ist und dass auch zu halbofficiellen Mittheilungen, die man unter das Publikum zu bringen wünscht, man sich nicht dieses Blattes zu bedienen pflegt. Die Vergleichung mit einem Moniteurartikel aus der Zeit Napoleons I. kann daher nur von Personen ausgegangen sein, die sehr geringe Kenntniss unserer Verhältnisse haben. Ebenso hat man ihn auch gewiss missverstanden, wenn man den engsten Anschluss an Preussen, dem der Artikel das Wort redet, als Einverleibung in Preussen deutete. Denn man kann dem Verfasser doch nicht den Widersinn zutrauen, dass

er ein Aufgehn Niederlands in Preussen empfehle als Mittel zur Erhaltung „des werthvollen Restes niederländischer Nationaleigenthümlichkeiten“.

In Folge dieses bedauernswerthen Artikels erhalten wir von Ihnen die sehr erfreuliche Mittheilung, dass der grösste Theil des niederländischen Volks beim Beginn des letzten Kriegs viel mehr der preussischen als der oesterreichischen Sache zugethan gewesen ist. Seitdem freilich sei eine Aenderung eingetreten, berichten Sie. Man habe in allen Klassen entgegengesetzte Gesinnungen nicht gegen Preussen, aber gegen den Staatsmann aufkommen sehn, der die preussische Politik geleitet hat.

Dieser Umschwung in den Ansichten der Niederländer ist für uns um so auffallender, als er in entschiedenem Gegensatz steht zu dem Gange, welchen die öffentliche Meinung in England genommen hat. Während man dort vor dem Beginn des Kriegs ziemlich allgemein sehr ungünstig über Herrn von Bismarck urtheilte, preisen ihn jetzt die angesehensten und verbreitesten Blätter, seitdem sie gesehn haben, dass weder ihm selbst die geistigen Fähigkeiten, noch dem preussischen Staat die Macht fehlen um das Werk einer Neugestaltung Deutschlands durchzuführen. Noch vor wenigen Tagen erklärte Lord Stanley im Hause der Gemeinen, dass seiner Meinung nach die Aenderungen in Deutschland mit der Zustimmung (approval) der Mehrheit des englischen Volks geschehn seien. Wenn eine andere grosse Nation diese Ereignisse nicht so freundlich beurtheilt, so erinnern wir uns, dass dieselbe aus Deutschlands Ohnmacht immer Vortheil gezogen hat und machen unsern Staatsmännern die angoisses patriotiques des Herrn Rouher und die Feindseligkeit der Herrn Thiers und Forcade keineswegs zum Vorwurf. Wie aber kommt es, dass Niederland ähnlich zu denken scheint, von dem wir glaubten, dass es durch Gemeinschaft der Abstammung, religiöser Ueberzeugungen, geistigen und commerciellen Verkehrs, und durch bewährte Bündnisse uns und den Engländern viel näher stehe, als den Franzosen?

Ich weise jeden Gedanken daran zurück, als könne die Ursache diese Erscheinung ausschliesslich liegen in dem Besitz österreichischer Staatspapiere oder dem Neide gegen die wachsende politische Macht Preussens. Mögen diese Motive bei einem Theil des Volks wirksam gewesen sein, bei einem andern Theile kann ein Verdacht so niedriger Gesinnung nicht aufkommen.

Sie selbst bemerken, man möge die Ursachen der veränderten Stimmung der Niederländer von Sachsen, Hannover und Schleswig erfragen und heben dann die Unsicherheit der kleinen Staaten hervor, welche durch die Ereignisse von 1866 sehr vermehrt sei. Sie glauben zwar für ihren Theil, dass Herr von Bismarck ein zu geschickter Staatsmann sei um nicht zunächst sein noch unfertiges Werk consolidiren zu wollen. Offenbar ein wenig dauerhafter Grund zum Vertrauen und da Sie überdiess mit einem Protest gegen die Annexion der Niederlande an Preussen schliessen, so muss man wohl annehmen, dass Sie für die Zukunft diese Gefahr den Niederlanden wirklich nahegerückt sehn.

Dass Sie mit dieser Ansicht in ihrem Vaterlande nicht allein stehn, das schliesst man vielfach auch aus der Art, wie die Luxemburger Angelegenheit von dem König der Niederlande behandelt worden ist. Gewiss ist ein zurückhaltendes Urtheil in dieser Sache, über der noch manches Dunkel schwebt, angebracht, aber man muss denen, die die erwähnte Ansicht äussern, zugeben, dass Vieles für dieselbe spricht. Woher erklärt sich, fragt man, die Staunen erregende Erscheinung, dass ein Fürst aus einem deutschen Geschlechte — „van duitschen bloed“ —, aus einem Hause, welches in der Geschichte als Vorfechter germanischer Freiheit gegen romanischen Despotismus hohen Ruhm erworben hat, dass ein solcher Fürst ein altes deutsches Land mitten im Frieden gegen eine Entschädigung an den Kaiser der Franzosen abtreten will, ohne dass die abzutretenden Unterthanen auch nur den leisesten Wunsch nach einem solchen Tausche geäussert hätten? Da die Sorge für das Wohl der Luxem-

burger ihren Grossherzog dabei nicht geleitet haben kann, so bleibt zur Erklärung nur die Wahl zwischen selbstsüchtigen Motiven und dem Interesse des niederländischen Staats. Wir haben von Herrn van Zuylen in der Sitzung der zweiten Kammer der Generalstaaten am 5. April d. J. auf das bestimmteste erfahren, dass das letztere ausschliesslich maassgebend gewesen ist *). Wenn es sich nun aber, wie Herr v. Zuylen andeutet, nur darum gehandelt hätte das dynastische Band zwischen dem Grossherzogthum und dem Königreich der Niederlande zu lösen um die Niederlande für alle Fälle aus den Schwierigkeiten fern zu halten, in die ein Fürst von so exponirter Lage gerathen kann, so wäre doch wohl noch eine andere Lösung möglich gewesen, als die Cession gerade an Frankreich. Eine Abtretung an Belgien, oder an einen nachgeborenen Prinzen des Hauses Nassau oder eines andern deutschen Fürstengeschlechts würde den Wünschen der Luxemburger, wie der Ehre ihres Grossherzogs mehr entsprochen haben. Man vermuthet also — und ein Artikel des Journal des Débats hat diesen Vermuthungen so eben den bestimmtesten Ausdruck gegeben — dass bei den Verhandlungen der Wunsch für die Niederlande die Gunst des Kaiser Napoleon zu gewinnen mitgewirkt habe und bringt das in Verbindung mit den Besorgnissen, die man nach andern Nachrichten in Holland vor preussischer Vergewaltigung hegen soll.

Wer daher glaubt, dass freundliche Beziehungen zwischen den beiden Nachbarvölkern in ihrem beidersei-

---

*) Ik weet dat de Groothertog de zaak zeer ernstig en naauwkeurig heeft onderzocht en ik meen mij niet te vergissen als ik verklaar, dat Hij tot de overtuiging is gekomen dat de zaak was in het belang van Nederland. Jedereen zal het met mij eens sijn, dat de losmaking van de dynastieke banden die Nederland met Luxemburg verbinden, wenschelijk is in het belang van het land. — Wanneer er gesproken is van zekere schadeloosstelling, dan is die zoo gering, dat die niet eens de helft bedraagt der waarde van de domeinen, die in 1816 aan Z. K. H. Prins Frederik voor diens cessie van regten op het Groothertogdom door Nederland zijn afgestaan.

gen Interesse sind, wird sich über die Berechtigung dieser Befürchtungen vor Allem klar werden müssen.

Dass dieselben in der Vergangenheit keinen Grund haben, sondern dass das bisherige Verhalten Preussens gegen die Niederlande, was nachbarliche Gesinnung angeht, den Vergleich mit dem Verfahren Frankreichs und Englands gegen Ihr Land in jeder Beziehung aushält, das konnte Ihnen, dem bewährten Kenner europäischer Geschichte, nicht entgehn. Sie selbst verweilen auf den verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Regentenhäuser, die sich in fast allen Generationen seit zwei Jahrhunderten immer wieder erneut haben, auf der Hülfe, die Preussen 1672 und 1813 den Niederlanden zur Erhaltung oder Wiedererlangung ihrer Selbstständigkeit geleistet hat, so wie auf der blutigen Bundesgenossenschaft von 1815.

Aber obwohl Sie treffend bemerken „la nature permanente des rapports entre les nations ne se détermine pas d'après l'influence essentiellement passagère des événemens contemporains“, gewährt Ihnen dieser historische Rückblick keine Beruhigung. Das Alles tritt zurück gegenüber der Handlungsweise der preussischen Regierung im letzten Kriege und der seitdem so wesentlich veränderten Stellung des preussischen Staats in Europa.

Ist nun wirklich das Verfahren Preussens der Art gewesen, dass seine schwächeren Nachbaren beständig seinen Angriff fürchten und, wie Herr Thiers meint, dagegen unter den Flügeln des napoleonischen Adlers Schutz suchen müssen?

Man wird über diese Frage niemals zu einem gerechten Urtheil gelangen, wenn man die Beziehungen Preussens zu den andern deutschen Ländern nur als völkerrechtliche Verhältnisse verschiedener Staaten auffasst und ausser Augen lässt die Gemeinsamkeit, welche für alle Seiten des Volkslebens zwischen Preussen und den kleineren deutschen Staaten bestand. Für Sprache und Literatur, Kunst und Wissenschaft, Sitte und Verkehr waren die staatlichen Grenzen innerhalb Deutschlands

keine Grenzen. Selbst das Bewusstsein eines gemeinsamen Rechts hat sich trotz der staatlichen Zersplitterung in Deutschland erhalten und deutsches Privat- uud Staatsrecht wurden an unseren Universitäten vor Zuhörern aus den verschiedensten Theilen Deutschlands beständig vorgetragen. Die Preussen, Sachsen und Hannoveraner bildeten daher nur ein Volk mit voller Solidarität aller geistigen Interessen. Oesterreich allein nahm in vieler Beziehung eine Sonderstellung ein.

Dies Volk nun besass vor dem letzten Kriege ein öffentliches Recht, welches ebenso wenig auf die Dauer haltbar, wie der gesetzmässigen Fortbildung fähig schien.

Von allen Seiten, selbst vom Kaiser von Oesterreich in feierlichen 1863 gesprochenen Worten, war zugegeben, dass die deutsche Bundesverfassung den nationalen Bedürfnissen nicht genüge und diese Erkenntniss war zur festesten Ueberzeugung der ganzen Nation geworden. Für keinen Deutschen bedarf diese Behauptung eines Beweises und dem Auslande hat Herr von Sybel in der Revue de deux Mondes vom 15. September 1866 in wenigen aber charakteristischen Zügen den jämmerlichen Zustand unserer nationalen Verfassung geschildert. Ich kann daher kurz sein und will nur hinweisen auf das einzige Gebiet, auf welchem der Bund doch überhaupt etwas zu leisten versucht hat. Die völlige Unbrauchbarkait der Bundeskriegsverfassung ist durch die Ereignisse des vorigen Jahres wohl hinlänglich constatirt. Vergebens aber hat Preussen seit Jahren auf dieselbe aufmerksam gemacht, vergebens auch nur die nothdürftigsten Befestigungen der deutschen Nordseeküste, so wie einen Anschluss der kleinen Contingente an die der beiden Grossmächte verlangt. Die Lage Preussens gestattete nicht seine Vertheidigung von der des übrigen Deutschlands zu trennen, aber es musste sich sagen, dass die grossen, fast über seine Kräfte gehenden Anstrengungen, die es zur gemeinsamen Vertheidigung machte, bei einem Kriege gegen Frankreich gelähmt sein würden, durch die mangelnde Mitwirkung seiner Bundesgenossen. Und

ferner. Ein Volk wie das deutsche hat in fernen Weltmeeren viele Interessen zu vertreten. Es ist seine Pflicht und Schuldigkeit dafür zu sorgen, dass der Schiffer, der Kaufmann, der wissenschaftliche Reisende, der Missionar deutscher Nation nicht allein schutzlos in fernen Gegenden dastehe. Auch nicht zu den geringsten Opfern für die maritime Vertheidigung war der Bund, waren insbesondere die deutschen Nordseestaaten zu bewegen. Auf diesem wie auf allen anderen Gebieten hat der Bund gar Nichts zu Stande gebracht. Allein unter allen Völkern musste das deutsche jeder nationalen Regierung entbehren. Von dem Nachtheil den Handel und Gewerbe durch den Mangel einheitlicher Leitung des Zollwesens, der Communicationswege, der Post- und anderer Verkehrsanstalten, so wie der freien Bewegung der Arbeitskräfte erlitten haben, wissen unsere Gewerbtreibenden zu erzählen. Wenn dem gegenüber ein hannoverscher Staatsmann in einer von Ihnen veröffentlichten Zuschrift anzudeuten wagt, dass man nur zu Eroberungskriegen eine grössere Einheit verlangt habe (Parlementaire Studien XXXII. S. 291), so mag er in der friedlichen Handelsstadt Bremen sich Belehrung holen. Dort hat man die preussischen Siege mit Jubel begrüsst, weil man durch sie befreit zu werden hoffte von dem kleinlichen Neide, mit dem Hannover alle für diese strebsame Stadt so wichtigen Verkehrsfragen zu behandeln pflegte. Und von ähnlichen Erfahrungen werden ihm die Oldenburger berichten, wenn er die Verdienste der auswärtigen Politik Hannovers kennen lernen will. Aber allerdings haben nicht nur die vor 1866 doch nur von Wenigen recht erkannten defensiven Schwächen des Bundes und seine wirthschaftlichen Nachtheile unter den Deutschen die Sehnsucht nach einer anderen Verfassung hervorgerufen. Die einmüthige Unzufriedenheit mit der 1815 festgestellten staatlichen Ordnung entsprang noch vielmehr aus dem jedem Volke eigenthümlichen Bedürfniss, der nationalen Gemeinschaft in einer staatlichen Form genügenden Ausdruck zu geben, aus dem Wunsch die Zänkereien der

deutschen Staaten unter einander zu beseitigen und der politischen Befähigung einen grösseren und weiteren Raum zu verschaffen, vor Allem aber aus dem Streben nach dem erhebenden Gefühl einem geachteten Gemeinwesen anzugehören und aus der Hoffnung die verlorene Macht und das verschwundene Ansehen unter den Völkern wieder zu gewinnen. Dass das berechtigte Ziele menschlichen Strebens sind, werden, glaube ich, auch diejenigen nicht verkennen können, denen persönlich das Verständniss und der empfängliche Sinn dafür versagt sein sollte.

Ebenso anerkannt wie die Unerträglichkeit dieses Zustandes war die Unmöglichkeit auf dem Wege der Bundesgesetzgebung und des Bundesrechts zu einer befriedigenden Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse zu gelangen. Ich kann mich da berufen auf den Erfolg aller Reformvorschläge, mochten sie nun von Oesterreich, oder von Preussen, oder von Dresdener Conferenzen, oder sonst vor irgend wem ausgegangen sein. Die Unmöglichkeit der Fortbildung eines Staatenbundes, der ausser zwei nichtdeutschen und nicht eben immer von freundlicher Gesinnung gegen Deutschland beseelten Fürsten zwei europäische Grossmächte von ganz verschiedenem geistigen und wirthschaftlichem Culturstande umfasste, lag in der Natur der Dinge und konnte weder durch guten Willen noch durch die scharfsinnigsten Verfassungsprojekte beseitigt werden.

„In einer Zeit," sagt deshalb treffend ein jüngerer deutscher Publicist, „welche alle Staaten Europas im Innersten umgestaltet hat, sind nur zwei Staatsbauten des Welttheils unberührt geblieben von dem Wandel der Tage: die Verfassung des abgeschiedenen Bauernlandes Norwegen und die Grundzüge der deutschen Bundesverfassung, die von ihren Stiftern schon als ein höchst unvollkommenes Werk bezeichnet und seitdem von allen Partheien mit unerhörter Einstimmigkeit gelästert sind. Ausser Mecklenburg kein deutscher Staat, der nicht von Grund aus ein anderer geworden wäre in diesen fünfzig Jahren; doch das

Ganze des deutschen Bundes besteht wandellos weiter als absolutistische Institution, derweil alle Einzelstaaten zu constitutionellen Formen übergegangen sind."

Dass nun eine allgemein anerkannte Unzulänglichkeit der Staatsverfassung und eine ebenso unbezweifelte Unmöglichkeit ihrer gesetzlichen Fortentwickelung das öffentliche Leben eines Volks auf die Dauer von Grund aus vergiften müssen, ist, glaube ich, eine Folge, über deren innere Nothwendigkeit Sie mit mir einig sein werden. Einem Organismus, dem man die Möglichkeit der Entwicklung abschneidet, nimmt man zugleich die Möglichkeit zu leben. Er muss erkranken und allmählich absterben. Die Wahrnehmung so trauriger Wirkungen unseres politischen Zustandes wird Ihnen auch in Holland während der letzten Jahrzehnte wohl kaum ganz entgangen sein und ich glaube daher von der Aufzählung aller einzelnen Symptome und dem Nachweis ihres Zusammenhangs mit unserer nationalen Verfassung absehen zu dürfen. Hinweisen möchte ich aber auf das immer mehr im Volke um sich greifende Missvergnügen, welches schon im Jahr 1848 zu gewaltsamen Umwälzungen führte und nach einer Zeit kurzer Erschlaffung in den letzten Jahren wieder in raschem Steigen begriffen war. Die demokratische Parthei hatte in der traurigen Gestalt unserer öffentlichen Zustände einen festen Boden für ihre Agitationen. Als Vertreterin berechtigter nationaler Wünsche erlangte sie eine Macht über die Gemüther, welche die ernstesten Besorgnisse erregen musste.

In verschiedener Weise aber wirkte dieser Zustand auf Preussen und auf die kleinen deutschen Staaten. In diesen erzeugte der Mangel eines wirklichen staatlichen Lebens mit seinen ernsten Pflichten jenes singende und trinkende Deutschthum, das die gemeinsame staatliche Arbeit ersetzen wollte durch eine Reihe von Schützen-, Sänger- und Turnerfesten mit grosssprechenden, unwahren Volksreden und Toasten und das so oft das Ziel gerechten Spottes der Ausländer und besonders Ihrer realistischen Landsleute gewesen ist.

In Preussen dagegen, welches nach Aussen Deutschland zu vertreten hatte, mussten die realen Bedürfnisse des nationalen Lebens mehr hervortreten und das Ungenügende der für diese zur Verfügung stehenden Mittel sich besonders fühlbar machen. Nach Kräften haben die preussischen Staatsmänner in dieser Beziehung mit der Ungunst der Verhältnisse gerungen. Aber wenn es ihnen einmal gelang, eine Einrichtung wie den Zollverein zu Stande zu bringen, so waren nicht nur langjährige und ermüdende Kämpfe mit österreichischer Politik und particularistischer Gesinnung, sondern auch grosse finanzielle Opfer von Seiten Preussens dazu nothwendig. Um z. B. Bayern, Würtemberg und Hannover im Zollverein zu erhalten, musste Preussen jährlich viele Hunderttausende von Thalern, welche preussische Unterthanen an Zöllen entrichtet hatten, an diese Staaten bezahlen und überdiess sein ganzes indirektes Steuersystem abhängig machen von dem Willen zwölf kleinerer Staaten, deren Staatshaushalt eben wegen ihrer Kleinheit einen von dem preussischen ganz verschiedenen Character hatte. Auf diese Weise häufte sich in Preussen eine Steuer- und Militärlast, welche zum Theil für die sich den nationalen Verpflichtungen möglichst entziehenden kleinen Staaten getragen wurde. Und diese grössere Last, welche auf dem preussischen Unterthan im Vergleich zu den Angehörigen der ihn umgebenden deutschen Länder ruhte, ist dann wieder die Hauptursache des höchst gefährlichen Streites gewesen, der zwischen Abgeordnetenhaus und Staatsregierung in den letzten Jahren geführt wurde.

Schon im Jahre 1814 bezeichnete Niebuhr die damals noch nicht so allgemein gefühlten Schäden der politischen Zersplitterung Deutschlands nach beiden Seiten hin mit folgenden treffenden Worten. „Die Zeit verwandelt sich, Reiche entstehen und werden mächtig, und die kleinen Gemeinden und Fürstenthümer hören auf, Staaten zu sein. Denn ein Staat kann nur heissen, was *in sich* Selbstständigkeit hat; fähig ist den Willen zu fassen, sich zu behaupten und sein Recht geltend zu machen; nicht was

einen solchen Gedanken gar nicht hegen kann; was sich einem fremden Willen anschliessen und unterordnen muss und diesen ergreifen, wo er der eigenen Lebensfristung am günstigsten scheint. Solche geschützte Gemeinheiten mögen denen, die in Zeiten der Ruhe in ihnen leben, sehr gemächlich sein, günstig sogar für Literatur und Künste; aber wer nur ihnen angehört, hat kein Vaterland, und ihm gebricht es an dem Besten, was das Schicksal zur Ausrüstung des Mannes zu verleihen vermag. Denn nicht nur in der Knechtschaft ist die Hälfte des Mannes geraubt: ohne Staat und unmittelbares Vaterland gilt auch der Beste wenig; durch sie auch der Einfältige viel. Sind nun die Zeiten gefahrvoll und bedrängt, so wird denen, die zur Vertheidigung der Nation berufen sind, durch diese Nichtstaaten um und neben ihnen, viel Kraft entzogen, und ihre Last vervielfacht."

Gefahrvoll aber waren die Zeiten wieder geworden, seitdem Ereignisse, an denen Preussen unschuldig ist, das Bündniss von Russland, Oesterreich und Preussen gelöst hatten, England sich von den continentalen Angelegenheiten zurückzog, die grossen und fast unerschöpflichen Kräfte des französischen Volks militärischen Zwecken wieder rücksichtsloser als früher dienstbar gemacht wurden und sich 1855 und 1859 das Uebergewicht der Waffen dieser nach Kriegsruhm so begierigen Nation über die ihr gegenüberstehenden Feinde in so glänzender Weise gezeigt hatte.

Unter diesen Umständen sahen wir in eine traurige Zukunft. Wir mussten fürchten, dass die Krankheit unseres staatlichen Organismus mehr und mehr dem ganzen geistigen Leben unseres Volks unheilbaren Schaden zufügen werde und dass doch zuletzt gewaltsame und ganz unberechenbare Umwälzungen einem auf die Dauer unhaltbaren Zustande ein Ende machen würden.

Kann man nun Herrn von Bismarck einen Vorwurf daraus machen, dass er den Versuch gemacht hat, dem allmählichen Verfall durch eine schmerzhafte, aber rasche und wohlüberlegte Operation vorzubeugen? Kann man

ihn tadeln, dass er nicht gewartet hat, bis Weltereignisse, die kein Staatsmann in der Hand hat, den morschen Bau unserer nationalen Verfassung etwa in der Weise über Haufen warfen, wie 1795 die niederländische Verfassung zusammenbrach? —

Seit geraumer Zeit hatte ein grosser Theil des deutschen Volks die Ueberzeugung gewonnen, dass es die Aufgabe des preussischen Staats sei, Deutschland wieder zu einer bessern Verfassung und zu grösserer Macht und Ehre zu verhelfen. Dieser Glaube hat seine festen Wurzeln in der Geschichte unseres Vaterlandes während der letzten Jahrhunderte. Derselbe Friede, welcher den Niederlanden die schwer erkämpfte Freiheit sicherte, hatte Deutschland in dem traurjgsten Zustande gelassen, in den ein Land gerathen kann. Die Sitten des Volks verwildert, sein Wohlstand geknickt, die Fürsten zum Theil französische Vasallen, aber alle ohnmächtig gegen die Fremden, ein deutsches Land nach dem andern fremder Herrschaft verfallend — das war die Lage Nord- nnd Mitteldeutschlands vor dem Aufkommen des preussischen Staats, der Zustand der Föderation halbsouverainer kleiner Staaten unter der Hegemonie Oesterreichs. Da vereinigte der grosse Kurfürst einige durch Erbschaft seinem Hause zugefallene Territorien zu den Anfängen eines modernen Staats und sofort ist er im Stande, das gefürchtetste Kriegsheer der Zeit, die Schweden, an die Ostsee zurückzuwerfen und an den Coalitionen, welche den Schutz Deutschlands und der Niederlande gegen französische Uebermacht bezwecken, einen höchst wirksamen Antheil zu nehmen. Der durch den Militairdespotismus Ludwig XIV. schwer bedrohten Sache des protestantischen und germanischen Europas kam die energische Kraft des jungen Staates höchlich zu Statten. Etwa ein Jahrhundert später gaben die Siege Friedrich des Grossen den Deutschen zuerst wieder ein erhöhtes politisches Selbstgefühl gegenüber dem Auslande, und haben dadurch wieder zur Entwicklung unserer Literaturperiode aufs wesentlichste beigetragen. Und wieder ein

halbes Jahrhundert darauf richtet sich das zu den Füssen eines fremden Eroberers liegende Deutschland wieder auf an der Erhebung des preussischen Volkes, das inmitten der allgemeinen Entmuthigung die Fähigkeit muthigen und kühnen Handelns zu nationalen Zwecken nicht durch lange Gewohnheit der Abhängigkeit von anderen Mächten verloren hatte. Damit vergleiche man dann die Geschichte der deutschen Mittelstaaten, wie sie nur durch ausländische Hülfe Selbstständigkeit, Gebietserweiterungen und Königskronen erlangen und man wird, denke ich, den viel verspotteten Glauben an den deutschen Beruf Preussens verständlicher finden. Seit 1813 hat fast jeder Vorgang in der deutschen Geschichte dazu gedient, dieser Ansicht neue Anhänger zuzuführen und die Fälle sind nicht selten, wo Männer, in Abneigung gegen Preussen erzogen, durch die Erfahrung belehrt, die Nothwendigkeit nicht nur einer politischen Erneuerung Deutschlands durch Preussen, sondern auch des Aufgehens der kleinen Staaten in Preussen oder ihrer Unterordnung unter Preussen einsahn. Nur einen von diesen will ich nennen, aber einen guten Beobachter des geistigen Lebens in unserem Volke, von dem ich überdiess weiss, dass viele Ihrer Landsleute ihn als den Typus eines frommen und tüchtigen deutschen Bürgers von aufrichtiger Vaterlandsliebe achten: Friedrich Perthes. „Ich habe mein Lebenlang die kleinen Länder geliebt,“ schrieb er gegen Ende der zwanziger Jahre, „aber will ich wahr sein, so muss ich sagen, sie haben sich überlebt und werden untergehn, um in der einen oder andern Weise mit den grössern Staaten verschmolzen zu werden, und leider ist nichts dabei verloren; denn das Gute, was sie hatten: die eigenthümliche Ausbildung des deutschen Geistes und das Hegen und Pflegen deutscher Sitte und Art ist nicht mehr in ihnen zu finden. Der Sinn für grössere Institutionen, das Gefühl für deutsche Ehre und Grösse ist erstorben, in höherm, freiem, geistigen Streben bleiben sie zurück; ein platter beschränkter Rationalismus beherrscht die Gemüther.“ Hier nimmt er indess ausser den grösseren

süddeutschen Staaten auch Hannover noch aus. „Der Totaleindruck," schrieb er aber ein anderes Mal nach einem Besuche in Berlin, „den der Mittelpunkt der preussischen Monarchie auf mich gemacht, hat in mir die Ueberzeugung gestärkt, dass in Preussen aufs neue die deutsche Nation jugendlich erblüht. Preussen ist rein deutsch. Was der deutschen Nation und dem deutschen Manne eigenthümlich ist, das findet sich auch in Preussen. — Nimmt die Geschichte Europa's nicht einen ganz unvorhergesehenen Gang, so wird Nord- und Mitteldeutschland allgesammt diesem preussisch-deutschen Staat einverleibt werden. So wie ich das Getriebe in den kleinen deutschen Staaten beobachtet habe, kann ich ein solches Schicksal nicht für ein Unglück halten." Dabei täuschte er sich nicht über die Kräfte, welche die kleinen Staaten erhielten. Die Umbildung des Vaterlandes denkt er nicht mehr zu erleben. — „Das Sterben an innerer Verlahmung ist ein langsames Sterben. Wahr ist es allerdings, dass sich in der Beamtenwelt und unter dem Mittelstande die Sehnsucht regt, aus den kleinlichen, kümmerlichen Zuständen, aus der Schnürbrust eines nur wenige Meilen umfassenden Vaterlandes herauszukommen, aber so lange die Kleinhändler sich noch von der höhern Waffenpflicht und den höhern Abgaben wegschleichen können, die in grösseren Verhältnissen gefordert werden, glauben sie sich begünstigt und wollen festhalten, was sie haben."

Schon einmal hatten preussische Staatsmänner einen Versuch gemacht den preussisch-deutschen Staat, auf welchen, wie Perthes, unzählige Andere ihre Hoffnungen gestellt hatten, unter möglichster Schonung bestehender Rechte ins Leben zu rufen. Als im Jahre 1848 die alte Bundesform wie leichte Spreu vor dem Winde der Revolution vergangen war und das deutsche Parlament in Frankfurt eine neue Verfassung berathen und festgestellt hatte, da nahm König Friedrich Wilhelm IV. die angebotene Kaiserkrone zwar nicht an, weil er sich dazu ohne Zustimmung der deutschen Fürsten für nicht berechtigt hielt und die durch Compromisse verschiedener

Partheien entstellte Verfassung eine innere Unmöglichkeit war, aber er versuchte doch dem Bedürfniss der Nation gerecht zu werden durch einen engern Bund der kleinen deutschen Staaten mit Preussen. Er wurde daran gehindert durch den Abfall der Könige von Sachsen und Hannover, vor Allem aber durch offene Kriegsdrohungen von Oesterreich. Aus Furcht vor einem deutschen Kriege gab er in jenen trüben Novembertagen des Jahrs 1850 Angesichts der unsere Grenzen bedrohenden österreichischen, sächsischen, bayrischen Heeresmassen den auch von ihm mit Liebe gehegten Plan auf. Das preussische Volk aber hat nicht wieder vergessen, dass ihm der Bundestag mit Gewalt wieder aufgenöthigt worden ist. Man war sich seitdem klar, dass nur eine Lösung des Bundesverhältnisses zu Oesterreich die Möglichkeit gewähre zu einer grössern politischen Einheit des übrigen Deutschlands und dass diese Lösung niemals mit freier Zustimmung von Oesterreich erfolgen werde, weil dasselbe im Bundestag die bequemste Form sah das ganze Deutschland seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die Scheidung von Oesterreich und Preussen, welche Sie in Ihren parlamentarischen Studien Nr. 37 S. 422 der gegenwärtigen preussischen Regierung vorwerfen, war seitdem innerlich vollzogen; es musste das Ziel jedes weiterblickenden preussischen Staatsmanns sein sie auch äusserlich durchzuführen, um damit die Freiheit der Entwicklung für Nord- und Mitteldeutschland wieder zu gewinnen.

Aber nicht minder als dieses Ziel, welches die preussiche Politik verfolgte, tadeln Sie die Mittel, welche sie zu seiner Erreichung gebraucht hat. Mit Ihnen bin ich der Meinung, dass eine Berufung auf den Willen des Allerhöchsten kein Freibrief ist für Alles, was man sich erlaubt und dass die Vorsehung keine Bahnen vorzeichnet, die den Wegen von Sittlichkeit und Recht entgegenlaufen. Aber wie sollte die preussische Regierung eines solchen Freibriefs bedürfen? Ich finde in Ihren parlamentarischen Studien a. a. O. eine Liste der Anklagepunkte, welche Sie gegen unsere Politik aufstellen und

da dieselbe wohl die schwersten vor dem Friedenschlusse begangenen Vergehen umfasst, so will ich dieselbe einer kurzen Prüfung unterziehen.

Sie führen zuerst auf die Art und Weise der Erwerbung (vermeestering) von Schleswig-Holstein. Ueber diesen Punkt werden wir uns wohl am schwersten verständigen. Die holländische, französische, englische Nation hat nie gefühlt, wie der Hülferuf der unter fremder Unterdrückung seufzenden Landsleute ins Herz eines Volks dringt, hat nie empfunden, was es heisst Theile des Vaterlandes für immer an das Ausland verloren zu haben. Der Narben lacht, wer Wunden nie gefühlt. Ich will nur daran erinnern, dass bei der Auslieferung von Holstein an Dänemark und vor der Unterzeichnung des Londoner Vertrags verschiedene Stipulationen betreffend die künftige Stellung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein im dänischen Staate zwischen Oesterreich und Preussen einerseits und Dänemark andererseits getroffen sind. Diese Uebereinkunft hat Dänemark nicht gehalten und darin haben die beiden deutschen Grossmächte nach längern vergeblichen Versuchen auf dem Wege der Unterhandlungen zum Ziele zu kommen eine gerechte Ursache zum Kriege gesehn. Nachdem nun in diesem Kriege Schleswig mit grossen Opfern — man denke nur an die Blocade der Ostseehäfen — erobert war, sollte da nach den über dänische Vertragstreue gemachten Erfahrungen Preussen gegen erneute Versprechungen die Herzogthümer den Dänen zurückgeben um vielleicht in wenigen Jahren unter viel ungünstigern Verhältnissen die Erfüllung dieser Versprechungen wieder gewaltsam erzwingen zu müssen? Das einzige Mittel sich gegen diese Nothwendigkeit und gegen die Gefahr dänischer Rache zu sichern, war die militärische Oberhoheit in diesen Ländern und diese hat Preussen durch den Frieden mit Dänemark, sowie durch die spätern Verhandlungen mit Oesterreich und dem Herzog von Augustenburg zu erlangen gesucht. Es war charakteristisch für den politischen Sinn, welchen die deutsche Kleinstaaterei erzeugt,

dass dieselben Personen, die seit mehr als einem Jahrzehnt immer von der Pflicht Preussens geredet das deutsche Recht in den Herzogthümern zu schützen, ihm die Mittel dazu verweigern wollten und dass die von Preussen zu diesem Zwecke gestellten Februarbedingungen vom Herzog von Augustenburg und seinen Anhängern unannehmbar gefunden wurden. Es war bezeichnend für die Politik Oesterreichs, dass es mitten in der grössten finanziellen Zerrüttung lieber zu einem höchst gefährlichen Kriege schritt, als dass es die militärische Unterordnung der Herzogthümer unter Preussen gestattet hätte, die doch Oesterreich niemals einen Nachtheil, wohl aber Deutschland vermehrte Sicherheit seiner Nordgrenzen bringen konnte.

Der zweite Punkt in Ihrer „grievenlijst," das Streben nach Scheidung zwischen Oesterreich und Deutschland, betrifft das eben besprochene Ziel der preussischen Politik, an dritter Stelle steht Ihnen der Vertrag mit Italien. Man könnte sich versucht fühlen diesen Vertrag rechtfertigen zu wollen mit einem Hinweis darauf, dass auch Oesterreich kein Bedenken getragen hat sich mit dem Auslande gegen Preussen zu verbünden, wenn sein Interesse es rathsam erscheinen liess. Es hat Preussen in die Lage, aus der uns der letzte Krieg befreit hat, recht eigentlich hineingezwängt durch den Vertrag, den es am 3. Jan. 1815 unmittelbar nach der gemeinsamen Waffenbrüderschaft von 1813 mit England und Frankreich abschloss; es hat sich 1850 in Einvernehmen mit Russland gesetzt um durch gemeinsamen Druck Preussen in dieser Lage festzuhalten. Aber man würde durch eine Vergleichung des italienischen Vertrags mit diesen Bündnissen der preussischen Regierung Unrecht thun. Denn jener wurde geschlossen um die Einmischung derjenigen Macht in deutsche Angelegenheiten fern zu halten, die immer vorzugsweise unheilvoll auf dieselben gewirkt hat, diese dagegen machten das Ausland recht eigentlich zu Richtern in deutschen Sachen. Wenn einmal der deutsche Krieg unvermeidlich schien, so war der preussisch-italienische Vertrag das ein-

zige Mittel dem Verlust deutschen Gebiets an Frankreich vorzubeugen, und dem gegenüber konnte nicht in Betracht kommen, dass Oesterreich durch ihn Venedig verlor. Denn Venedig war 1815 die Freiheit gewiss unrechtmässiger Weise vorenthalten worden und seine Abtretung hat Oesterreich mehr gestärkt als geschwächt.

Ferner klagen Sie die preussische Regierung eines Trachtens nach einer französischen Unterstützung an — het zoeken van een ruggesteun te Parijs. Ich bin ausser Stande zu erkennen, auf welche Thatsachen sich dieser Vorwurf gründet. Mir ist bekannt, dass die österreichische Regierung sich nach der Schlacht bei Königgrätz Hülfe suchend nach Paris wandte, dass Willem III. über die Abtretung eines deutschen Landes an Frankreich unterhandelt hat, von unserer Regierung aber weiss ich nur, dass sie das Verlangen des französischen Cabinets nach Abtretung deutscher Landestheile in gefahrvoller Zeit zurückgewiesen hat.

Von dem allgemeinen Stimmrecht, das Sie weiter anführen, bin auch ich kein Freund. Aber mir scheint, dass man sehr wohl darüber zweifelhaft sein kann, ob dasselbe mit Wegfall der Tage- und Reisegelder nicht den Vorzug vor dem preussischen Dreiklassensystem mit indirecter Wahl verdient. Ueberdies würde die Forderung des letztern für den ganzen norddeutschen Bund das Geschrei über Borussificirung der kleinen Staaten sehr vermehrt haben. Ein ganz neues Wahlgesetz aber in den Verfassungsentwurf aufzunehmen hätte kaum überwindliche Schwierigkeiten gehabt weil darüber, was ein gutes Wahlgesetz ist, in Deutschland ungefähr ebenso viele verschiedene Meinungen bestehen, wie Personen da sind, die über die Frage nachgedacht haben. Ein wahrhaft conservatives Wahlgesetz scheint mir übrigens auch unmöglich, so lange nicht locale corporative Verbände mit communaler Selbstregierung in allen Theilen unseres Landes geschaffen sind. Ebenso wenig konnte man aber endlich jedes Land nach seinem eigenen Wahlgesetze wählen lassen, denn es waren Staaten darunter,

die überhaupt keine Volksvertretung und kein Wahlgesetz kennen.

Der letzte und schwerste Vorwurf aber, den Sie der preussischen Politik machen, ist das vorbedachte Herbeiführen eines Bürgerkriegs.

Auch Sie sind so weit entfernt davon unter allen Umständen den Beginn eines Kriegs für verwerflich zu halten, dass Sie vielmehr in Ihrer niederländischen Geschichte die schwächliche Friedensliebe, welche die Republik während des achtzehnten Jahrhunderts mitunter zeigte, in scharfen Ausdrücken tadeln und darauf hinweisen, wie ganz anders die beständige Anspannung der kriegerischen Zeiten des siebenzehnten Jahrhunderts alle Kräfte des Volks entwickelt habe und wie viel heilsamer sie auch für das sittliche Wohl des Volks war, als die kriegsscheue Staatskunst, mit welcher nach dem Utrechter Frieden der Staat geleitet wurde. Es handelt sich also nur darum, ob das Ziel des Kriegs ein gerechtes und ob es ohne Krieg nicht zu erlangen war.

Wer nun bei Beantwortung dieser Frage nur die Zerwürfnisse mit Oesterreich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ins Auge fasst, könnte sich allerdings versucht fühlen in mancher Hinsicht ein tadelndes Urtheil über die preussische Politik zu fällen. Nicht als ob ich unsern Gegnern zugeben könnte, dass Preussen in dieser Angelegenheit die Verträge gebrochen hätte. Im Gegentheil Oesterreich hat zuerst die Convention vom 16. Januar 1864 dadurch gröblich verletzt, dass es die Entscheidung über die Erbfolge in den Herzogthümern, von denen überdies nur eins zum Bunde gehörte, dem Bunde anheimstellte. Es hatte sich im Artikel 5 dieser Convention verpflichtet die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer und speciell auch die Erbfolge nur im Einverständniss mit Preussen festzustellen. Ebenso wenig kann man Herrn von Bismarck einen Vorwurf daraus machen, dass er nicht eine Ausgleichung dieser Streitigkeiten auf dem Wege des Bundesrechts beantragt hat. Noch vor der Annahme der Bundesausträgalordnung hat die preus-

sische Regierung die Competenz des Bundes zur Entscheidung von sogenannten Interessestreitigkeiten bestritten und seit dem Jahr 1817 an diesem Standpunkt jederzeit festgehalten. Ob diese Behauptung mit dem Wortlaut der Bundesacte in Uebereinstimmung steht, oder ob sie eine jener traurigen Unwahrheiten war, zu welcher der jämmerliche Verfassungszustand nöthigte, mag zweifelhaft sein, sie ist jedenfalls nicht von der gegenwärtigen Regierung aufgestellt und kein preussischer Minister würde sie aufgegeben haben. Ohne sie würde höchst wahrscheinlich den ersten zur Begründung des Zollvereins führenden Schritten Preussens von andern deutschen Staaten sofort ein Riegel vorgeschoben sein. Aber diese Controverse ist hier auch von geringer Bedeutung, da von österreichischer Seite ebenfalls kein Versuch gemacht worden ist, den im Bundesrecht vorgeschriebenen Weg zur Ausgleichung des Zerwürfnisses zu betreten, wohl ohne Zweifel in dem richtigen Gefühl, dass derselbe zur Entscheidung solcher Conflicte völlig ungeeignet und eine vorgängige Verständigung der beiden Grossmächte über Fragen der vorliegenden Art eine stillschweigende Grundbedingung des Bundes war. Man fasste statt dessen den Beschluss vom 14. Juni, für den ich im Bundesrecht keinen Anhaltspunkt finden kann und der Preussen die sofortige Besetzung von Hannover und Hessen zur Bedingung seiner Existenz machte. Denn unter keinen Umständen durfte ein preussischer Staatsmann es zugeben, dass Angesichts eines gefährlichen Krieges mit Oesterreich und sämmtlichen süddeutschen Staaten die Verbindung der beiden Theile unserer Monarchie durch ein feindliches Heer unterbrochen wurde. — Diese Occupation von Hannover ist in Holland mitunter als ein plötzlicher Ueberfall eines unvorbereiteten Bundesgenossen dargestellt worden und, irre ich mich nicht, so haben die von Ihnen veröffentlichten Briefe eines hannoverschen Staatsmanns viel dazu beigetragen diese Auffassung dort zu verbreiten. Wir wissen aber durch die bündigsten Erklärungen unserer Staatsregierung, dass die hannoversche Regierung rechtzeitig gewarnt war, dass

sie mehre Tage vor dem Bundesbeschlusse die amtliche Erklärung erhalten hatte, dass Preussen eine Zustimmung zu demselben als eine Kriegserklärung betrachten würde. Und damit über den Ernst dieser Erklärung kein Zweifel sein konnte, concentrirte man die einzige vollständige Division, welche nicht nach Sachsen und Oesterreich dirigirt war, in Minden, zwei Tagemärsche von der hannoverschen Hauptstadt. Aber die hannoversche Regierung hatte über einen Neutralitätsvertrag mit Preussen nur unterhandelt um Zeit für ihre gegen Preussen gerichteten Rüstungen zu gewinnen. Sie dachte nicht daran das in amtlichen Noten gegebene Versprechen eines solchen Vertrags zu erfüllen. Sie lehnte nicht nur das Ultimatum vom 15. Juni ab, sondern selbst, als König und Heer das hannoversche Gebiet flüchtig verlassen hatten, scheiterten die Unterhandlungen, welche im Auftrage unseres Königs noch immer mit einer Langmuth, die Preussen hätte gefährlich werden können, geführt wurden, an der Weigerung des König Georg Garantien dafür zu geben, dass die hannoversche Armee sich auch nur ein Jahr der Feindseligkeiten gegen Preussen enthalte.

Wenn ich indess dennoch einräume, dass Preussen keineswegs Alles zur Vermeidung des Kriegs gethan hat, was man hätte verlangen können, im Falle es sich nur um die schleswig-holsteinische Differenz gehandelt hätte, so bezieht sich das auf die früheren Stadien der Verhandlungen mit Oesterreich. Man hat in Berlin die Bereitwilligkeit einem etwaigen Kriege nicht aus dem Wege zu gehn mitunter in ostensibler Weise zur Schau getragen und dadurch die gegen den preussischen Emporkömmling allzeit rege Empfindlichkeit des kaiserlichen Hofs gereizt.

Da aber kommt jener oben erörterte Gesichtspunkt in Betracht, dass das Bundesrecht zum Unrecht geworden war, weil es jeder den Bedürfnissen der Nation entsprechenden Fortbildung unfähig, die Entwicklung der Nation gefährdete. Man kann nun einmal bei der wechselnden Natur menschlicher Verhältnisse

die Verfassung eines Volks nicht durch Verträge auf alle Zeit unabänderlich feststellen, ohne das vertragsmässige Recht in Widerspruch mit dem ganzen Lebenszustande des Volkes zu bringen. Die Fortbildung des öffentlichen Rechts, welche eine Bedingung ist, unter der allein ein Volk sein Dasein erhalten und entwickeln kann, muss in einem solchen Falle zuletzt durch Revolution oder Bürgerkrieg erfolgen. Einen Krieg aber, der zu diesem Zwecke wirklich nothwendig ist, wird nur derjenige als unrechtmässig bezeichnen können, der alles Recht ausschliesslich aus dem Vertrage ableitet.

Zu den Folgen des so entstandenen deutschen Krieges haben denn auch die Annexionen gehört, welche Sie, hochverehrter Herr, ohne Zweifel ihren Klagepunkten hinzufügen würden, im Falle Sie jetzt dieselben zusammenstellten. In ihnen erkennen Sie eine Maxime, welche Europa bedroht und eine gerechte Ursache der veränderten Stimmung des holländischen Volks gegen die preussiche Regierung. Der meines Erachtens höchst ungerechte Ausspruch des Herrn von Gerlach „Annexionen — Besitznahme fremder Länder ohne Abtretung — sind, seit der erste Napoleon sie im Grossen vollzog, in Deutschland nicht vorgekommen“ hat auch Ihre Zustimmung.

Die völkerrechtliche Begründung der Einverleibung von Hannover, Hessen, Nassau und Frankfurt kann Ihnen natürlich nicht unbekannt sein. Es ist kein neues öffentliches Recht der Revolution, auf welches sie sich stützt; sie beruht auf der völligen Eroberung (debellatio) der betreffenden Staaten in einem regelrechten Kriege. Schon in dieser Beziehung unterscheiden sich die preussischen Annexionen des vorigen Jahres also sehr wesentlich von den meisten Einverleibungen selbstständiger Staaten in Frankreich, welche Napoleon I. vornahm, ohne dass überhaupt ein Kriegszustand mit ihnen vorausgegangen war. Landabtretung im Friedenschlusse aber oder völlige Eroberung sind schon seit geraumer Zeit die natürlichen Folgen der Kriege und fast immer die einzigen Mittel zu ihrer Beendigung gewesen. Desshalb ist die Behaup-

tung, dass sie in Deutschland seit Napoleon I. nicht vorgekommen seien, allerdings eine ungemein treffende, weil da, wo kein Krieg ist, auch seine Folgen nicht eintreten können. Wenn aber im Kriege die völlige Eroberung eines feindlichen Landes stattgefunden hat, so ist ein eigentlicher Friedensschluss desshalb weder nothwendig, noch möglich, weil der dazu nothwendige zweite Factor, eine actuelle Staatsgewalt, auf der andern Seite fehlt. Sollte etwa, im Fall ein depossedirter, in sicherer Zufluchtsstätte befindlicher Regent eines so unterworfenen Staates sich weigern würde mit einem siegenden Feinde eine Uebereinkunft abzuschliessen, dann ins Unendliche ein Zustand fortdauern, in dem eine Fortsetzung des Kriegs ebenso unmöglich wäre, wie seine Beendigung? Die europäischen Staaten werden auch wohl thun die Gültigkeit dieses Rechtstitels nicht in Zweifel zu ziehn, denn sie würden dadurch fast alle mehr oder weniger ihren eigenen Bestand antasten. Das Königreich der Niederlande selbst, hat es auf seine Colonien ein anderes Recht als das der Eroberung? Müsste nicht, wenn Eroberung unter allen Umständen eine Ungerechtigkeit wäre, die antirevolutionäre Parthei in Holland zuerst ihrem eigenen Volke predigen, dass es sich reinige von dieser Ungerechtigkeit? Und die deutschen Staaten, einschliesslich der neuerdings in Preussen einverleibten, in wie ausgedehntem Maass haben sie nicht fremde Gebiete annektirt? Nur dass der Rechtstitel dabei in der Regel nicht die eigene Eroberung war, sondern dass sie aus der Hand des fremden Eroberers oder der alliirten Mächte die von diesen eroberten Gebiete empfingen. Wenn aber das Deutschland des 19. gegen das des 18. Jahrh. in seiner staatlichen Gestaltung doch erheblich fortgeschritten ist, so dankt es das viel weniger dem Bundestag als diesen Annexionen, welche in Verbindung mit einigen Erbfällen die Zahl der unabhängigen Territorialherrschaften von c. 300 im Jahre 1792 bis auf 33 im Jahre 1865 vermindert hatten.

Fern aber sei es von mir jede Eroberung rechtfertigen zu wollen. Ich halte es vielmehr für eine Schmä-

hung unserer Regierung, wenn Herr von Gerlach die preussischen Einverleibungen mit den Eroberungen des ersten Bonaparte auf eine Reihe stellt. Ein Krieg, der unternommen wird um einem anderen Volke Gebietstheile zu entreissen oder dasselbe völlig zu unterwerfen, ist immer ein ungerechter und die Erwerbungen, die in demselben gewonnen werden, sind immer ungerechte, wenn sie auch in formell gültiger Form gemacht sind. Der Zweck des Krieges soll die Herstellung des Rechts sein und dieses Ziel des Kampfes von 1866 auf preussischer Seite glaube ich so eben dargethan zu haben. Aber auf den ursprünglichen Zweck kann und darf sich der Sieger im Kriege nicht immer beschränken. „Aus der Nothwendigkeit das Recht zu erzwingen" — um noch einmal die Worte eines Staatsmanns zu gebrauchen, den auch Sie nicht zur revolutionären Parthei rechnen werden — „folgt ein Zweifaches: sich für Verluste und Anstrengungen zu entschädigen und sich für die Zukunft zu sichern, damit nicht unter begünstigenden Umständen der, dem dieses Mal das Recht abgezwungen ist, Gelegenheit nehme sich zu rächen." Vor Allem der letztere Gesichtspunkt machte die Einverleibung von Hannover, Kurhessen und Nassau zur gebieterischen Nothwendigkeit. Ein Staat von der Lage wie der preussische, umgeben von drei grossen Militärmonarchieen, kann nicht sein Gebiet getrennt sehen durch andere Staaten, die von feindlicher Gesinnung gegen ihn erfüllt sind. Er kann nicht gleichzeitig Deutschland gegen Aussen und sich selbst gegen seine deutschen Nachbarn schützen. Er bedarf vielmehr zur Erfüllung der ersteren Aufgabe, der er sich nicht entziehen kann und darf, der Verfügung über die Streitkräfte von Nord- und Mitteldeutschland. Und wenn man uns versichert, dass ein Bundesverhältniss nach Art des jetzt mit anderen norddeutschen Staaten gegründeten dazu ausgereicht hätte, so antworten wir: auch der neue Bund würde bei dem seit Jahrhunderten den deutschen Fürsten und Staaten eigenthümlichen Streben nach voller Souveränität sehr geringe Aussichten auf

ein festes Zusammenhalten darbieten, wenn er nicht auf dem durch die Annexionen verstärkten Uebergewicht Preussens beruhte. Die Mehrzahl der deutschen Fürsten hat ihren entschiedenen Widerwillen gegen eine einheitliche militärische Organisation und Leitung Deutschlands hinlänglich gezeigt. Lehnte doch selbst der Herzog von Augustenburg, der den Reiz der Souveränität nur noch in Träumen und nicht in Wirklichkeit gekostet hatte, diese Unterordnung ab auf die Gefahr hin seinen erstrebten Thron niemals zu erlangen. Musste man nicht erwarten, dass Fürsten, die eine so entschiedene Abneigung gegen Preussen durch Wort und That bewährt hatten, die erste beste Gelegenheit benutzen würden, um ein ihnen durch einen verhassten Sieger auferlegtes Joch abzuschütteln? Und wenn man auch vielleicht bei einem Kriege gegen Frankreich oder Russland hätte auf ihre Bundestreue rechnen dürfen, konnte man nach ihrem bisherigen Verhalten ein Gleiches annehmen bei einem Kriege gegen Oesterreich? Wenn schon im Jahr 1866 Hannover die von Preussen angebotene Neutralität zurückwies und im Einverständnisse mit Oesterreich Rüstungen vornahm, durch die der Zusammenhang unseres Staats und der Rücken unserer Armee bedroht wurde, trotzdem dass glorreiche Erinnerungen an gemeinsam gegen Oesterreich und Frankreich geführte Kriege das Land mit uns verbanden, — wie würde man in Zukunft gehandelt haben, wenn das Andenken an den siebenjährigen Krieg und an Waterloo in den Hintergrund gedrängt worden wäre durch die Kriegsthaten von Langensalza?

Kaum scheint es mir nun noch nothwendig, dass ich verweile auf dem Unterschied, der zwischen diesen Einverleibungen und einer Unterwerfung der Niederlande unter preussische Herrschaft bestehen würde. Ich brauche die Frage nicht aufzuwerfen, ob jemals das Königreich der Niederlande, wenn Preussen im Kriege mit Frankreich oder Oesterreich begriffen wäre, daran denken würde, sich mit unseren Feinden zu verbünden und uns in der Flanke oder im Rücken anzugreifen. Ihre eigene

Schrift enthält schon die Antwort darauf, indem sie dagegen Verwahrung einlegt, dass man den gegenwärtigen Rüstungen einen feindseligen Charakter gegen Preussen unterschiebe und ich gestehe, ich habe im Niederland früher wenigstens niemals eine Spur von Neigung gefunden in einem solchen Falle aus der Neutralität herauszutreten. Zu unserer Sicherheit also bedürfen wir der Niederlande so lange nicht, als sie sich selbst nicht zu einer französischen Avantgarde erniedrigen. Zur Stärkung unserer Stellung in Deutschland, die der weitere Zweck der deutschen Annectirungen war, würde uns da etwa der Besitz der Niederlande von Werth sein? Wir haben doch wahrlich in unserer Geschichte erkannt, dass unser wachsendes Uebergewicht gegen Oesterreich vor Allem darauf beruht, dass wir ein deutsch-nationaler Staat sind, der keine fremden Völker als widerstrebende Elemente in sich vereinigt. Wir freuen uns, dass von den in den Theilungen Polens erworbenen Provinzen nur so viel bei unserem Staat geblieben ist, als zur Herstellung einer nothdürftigen Vertheidigungslinie gegen das mächtige russische Reich genügt, wir hoffen und vertrauen, dass unsere Staatsregierung über die Abtretung der dänischen Theile Nordschleswigs eine Verständigung mit Dänemark suchen wird. Sollten wir nun darauf ausgehen uns dieses Vortheils zu berauben und eine Eroberung versuchen, die, wenn sie gelänge, uns eine unendliche Quelle ewiger Schwierigkeiten für unsere innere Entwicklung und gelähmter Kraft nach Aussen hin sein würden? Denn wir trauen den Niederländern zu, dass sie einer Fremdherrschaft gegenüber noch mehr Widerstandskraft bewähren würden als Venedig und Mailand, weil sie von deutschem Stamme sind und die Erinnerungen aus einer überaus ruhmreichen Geschichte ihr Selbstgefühl erheben.

Je mehr man in Holland diese Umstände erwägt, desto mehr, denke ich, wird man finden, dass das eigene Interesse des preussischen Staats niemals einen Angriff auf die niederländische Selbstständigkeit rechtfertigen, geschweige denn fordern würde. An dem klar vorliegen-

den Staatsinteresse müssten alle abenteuerlichen Projekte, welche etwa eine solche Vergewaltigung bezweckten, scheitern, von welcher Seite sie auch aufgestellt werden möchten. Wir in Preussen haben daher wohl ohne Ausnahme die Berichte ausländischer Zeitungen, dass unsere Regierung das Königreich der Niederlande bedrohe, für eine der vielen unverschämten Lügen gehalten, mit denen unsere Feinde die öffentliche Meinung in Europa gegen uns einzunehmen suchen. Dergleichen Behauptungen sind gut genug zur Ausschmückung gewisser Reden im gesetzgebenden Körper in Paris, zur Aufregung auch des nationalen Hasses in Frankreich, aber zwei verwandte Völker, die so viele gemeinsame Interessen haben, sollten sich dadurch nicht gegen einander erbittern lassen *).

*) Ebenso wenig wie die preussischen Angriffsgelüste gegen Niederland, kann übrigens die von der Neuen Preuss. Zeitung herangezogene commercielle Rivalität beider Nationen künftig ein Hinderniss guten Einvernehmens sein. Politische Macht und commercielle Grösse sind, wie zahlreiche Beispiele in der Geschichte zeigen, an sich durchaus getrennte Dinge und die Concurrenz von Hamburg und Bremen wird den Holländern deshalb nicht gefährlicher sein, weil diese Städte Mitglieder des norddeutschen Bundes geworden sind. Wenn aber, was wir Deutschen allerdings hoffen, in Folge unserer politischen Neugestaltung auch unsere gesammte Volkswirthschaft einen neuen Aufschwung nehmen sollte, so sind die Holländer volkswirthschaftlich gebildet genug, um zu wissen, dass sie selbst aus der wirthschaftlichen Blüthe Deutschlands nicht geringen Gewinn ziehen werden; ebenso wie umgekehrt uns Deutschen jeder ökonomische Fortschritt im niederländischen Reich nur vortheilhaft sein kann. Eine Frucht hat in dieser Beziehung die Neugestaltung Deutschlands sofort schon gebracht, die Niederländern und Deutschen gleichmässig zu Gute kommt, nämlich die Befreiung des Rheinstroms von allen Zöllen und Recognitionsgebühren. Die weitere Wegräumung wilkührlicher Schranken, welche den gewerblichen Verkehr in einigen Theilen Deutschlands noch niederhalten, und die Freizügigkeit im ganzen norddeutschen Bunde wird die Consumtionsfähigkeit der besten Kunden Niederlands erhöhen. Die Kaufleute von Amsterdam und Rotterdam werden diese Fortschritte mit derselben Freude begrüssen, mit der wir von den Bemühungen um verbesserte Zugänglichkeit der Häfen, der Herabsetzung oder Abschaffung mancher

Dass die kleinen europäischen Staaten in der gegenwärtigen Lage Europas eine gewisse Unsicherheit fühlen und bemüht sind die lange versäumten Massregeln zu ihrer Sicherstellung nachzuholen, ist allerdings sehr begreiflich, nur würde es sehr unrecht sein die preussische Politik irgendwie dafür verantwortlich machen zu wollen. Das Staatensystem, wie es der Wiener Congress aufgebaut, ist freilich gestürzt und damit, wie es scheint, jedes Gefühl einer Solidarität der Interessen den europäischen Staaten abhanden gekommen. Lokalisirung und Vereinzelung der Kriege ist die Regel geworden. Aber die Ursache liegt weder in dem Ehrgeiz der preussischen Staatsmänner, noch in dem revolutionären Geiste der Zeit, sondern darin, dass neue Kräfte sich im Leben der Völker entwickelt haben, von denen die Staatsmänner des Wiener Congresses Nichts wussten, dass alte dagegen verschwunden sind, mit denen sie als wesentliche Faktoren rechneten. Ein kunstvolles Gebäude muss zusammenbrechen, wenn seine Hauptstützen morsch werden. Ist es nun unsere Schuld, dass seit dem Krimmkriege das Bündniss der drei östlichen Mächte nicht mehr besteht, dass das englische Volk mehr und mehr die Lust verliert, in die continentale Politik handelnd einzugreifen, dass der Verfall des österreichischen Kaiserstaats rapide

Consumtionssteuern, dem Ausbau des Eisenbahnnetzes in Niederland gehört haben. Und wenn das überschüssige Capital dieses reichen Landes statt in russischen und österreichischen Staatspapieren künftig mit noch frischerem Unternehmungssinn als bisher in Dampfschifflinien und Eisenbahnen, colonialen Culturen und transatlantischem Handel angelegt würde, so müsste der preussischen Volkswirthschaft auch dieser Fortschritt in der Eröffnung neuer Märkte, der wohlfeileren Versendung unserer Produkte, dem billigeren Bezug vieler Rohstoffe und Consumtionsartikel wesentlich zu Gute kommen. — Die Niederländer wieder werden ihrerseits, denke ich, auch nicht vergessen, dass kein grösserer continentaler Staat so sehr zum freien Handel neigt, wie der preussische. Sollte, was Gott verhüten wolle, das linke Rheinufer jemals wieder in französische Hände kommen, so würde die Abnahme der Waarensendungen nach Cöln und Mainz sich bald genug in Holland bemerkbar machen.

Fortschritte machte, seit er 1849 durch russische Hülfe mit genauer Noth wieder zusammengefügt wurde, dass dagegen das Nationalgefühl in Italien und Deutschland so mächtig erwacht ist?

Die Lage der Dinge in Europa, welche die Niederlande jetzt zu Rüstungen treibt, ist die Ursache, nicht die Wirkung der Ereignisse von 1866. Die Auflösung des Staatensystems von 1815 und das Bewusstsein, in einem Kampf um Deutschlands Grenzen künftig nicht auf fremde Unterstützung rechnen zu dürfen, hat die preussische Regierung schon 1859 zur Reorganisation und Verstärkung unseres Heeres getrieben und da trotzdem die eigenen Kräfte unzulänglich schienen, um sich auf die Dauer in der veränderten Lage Europas zu behaupten, ist Preussen endlich genöthigt gewesen, die Begründung eines grossen deutsch-nationalen Staates ernstlich in die Hand zu nehmen. Wenn die Hülfen, auf welche wir von 1815—1853 im Falle eines französischen Angriffs zählen konnten, zu versagen drohten, so war es die Pflicht preussischer Staatsmänner, sich der neu entstandenen Kräfte zur Erhaltung des Staats und der sich an denselben knüpfenden sittlichen Güter zu bedienen.

Die Stärkung Preussens und die Herstellung eines gewissen Gleichgewichts zwischen dem deutschen Grossstaate und Frankreich dürfte vielmehr ein wirksames Mittel sein, den kleinen Staaten unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine grössere Sicherheit und Selbstständigkeit zu gewähren. Nachdem England von der continentalen Politik zurückgetreten ist, Russland nicht minder abseits steht, Oesterreichs Kraft geknickt ist, wird das Supremat Frankreichs für die kleinen mitteleuropäischen Staaten eine unausbleibliche Folge sein, wenn ihm nicht die deutsche Nation, fest vereint unter preussischer Führung, Widerstand entgegenstellt. Auch in den Niederlanden, sollte man denken, müsste in dem letzten Jahrzehnt ein drückendes Gefühl dieser französischen Uebermacht, wie sie sich in so vielen Thatsachen deutlich kundgab, aufgetaucht sein. Oder sollten Ihre Landsleute

schon gewohnt sein, nach Paris als dem höchsten Gerichtshofe für alle europäischen Fragen hinzublicken, sollten sie es wirklich angenehmer finden, in die angebotene Clientel Frankreichs mit alle der angenehmen Ruhe, welche sie verspricht, einzutreten, als zwischen zwei rivalisirenden Mächten die volle, wenn auch mitunter gefährliche Freiheit einer eigenen auswärtigen Politik zu behaupten?

Die Bereitwilligkeit der grossen continentalen Mächte zu einem gemeinschaftlichen Einstehn für den bestehenden völkerrechtlichen Zustand von Europa, welche Sie so schmerzlich vermissen, kann sich erst wieder einstellen, wenn Völker und Regierungen eine gewisse Befriedigung mit diesem Zustande empfinden. Auch dazu ist die Herstellung eines deutschen Nationalstaats ein wichtiger Schritt. Sie schafft, wenn sie zum Abschluss gekommen ist, aus einem Volke, das vorzugsweise mit der Ordnung des Wiener Congresses unzufrieden sein musste, einen mächtigen Staat, der alle Ursache hat, jeder gefährlichen Uebermacht und jeder willkührlichen Besitzstörung in Europa entgegenzutreten, der aber nach seiner ganzen Vergangenheit, nach seiner geistigen und wirthschaftlichen Entwicklung, nach dem volksthümlichen und defensiven Character seiner Wehrverfassung niemals selbst Neigung zu ehrgeizigen Eroberungen haben kann.[1])

---

1) Mit Recht macht Herr von Sybel a. a. O. darauf aufmerksam, wie die Entwicklung des preussischen Staats in 150 Jahren kaum 25 Kriegsjahre zähle, während in der französischen, russischen und österreichischen Geschichte, wenn man 1714 zu zählen beginne, eine solche Ziffer schon 1789 erreicht werde, und in treffender Weise schildert derselbe Schriftsteller, wie die Zusammensetzung unserer Armee willkürliche dynastische Eroberungskriege geradezu unmöglich mache. „Bei uns," sagt er, „wird der Ausmarsch der Armee in jeder Familie, auf jedem Bureau, auf jedem Acker empfunden; es gibt keinen Zweig der Staatsverwaltung, welcher durch die Einberufung der Landwehr nicht gestört, es gibt keine Art der Industrie, welche durch die Mobilisirung des Heeres nicht gelähmt würde. Solche Opfer kann der Staat sich nur in ernsten Krisen

Aus diesen Gründen wird endlich auch die Gefahr grosser mitteleuropäischer Kriege, die doch immer vorzugsweise den schwächern Mitgliedern des Staatensystems Nachtheil zu bringen drohen, durch eine Consolidirung der italienischen und deutschen Staaten vermindert. Wenn man von der orientalischen Frage absieht, so sind nachdem die Schweiz und Belgien neutralisirt, es ganz vorzugsweise die Angelegenheiten Italiens und Deutschlands, dieser alten Tummelplätze europäischer Diplomatie gewesen, welche zu wiederholten Malen dem ganzen Continent Krieg oder Kriegsgefahr gebracht haben. Sind diese beiden Völker durch ein festes politisches Band in sich geeinigt, so geben ihre innern Zustände zu internationalen Verhandlungen und Reibungen keinen Anlass mehr. Und wenn von Basel bis Luxemburg ein militärisch geeinigtes und wohl gerüstetes Deutschland dem kriegerischen Frankreich gegenüber steht, so darf man wohl hoffen, dass gerade die Grösse eines Krieges zwischen beiden Nationen und des daraus entspringenden Schadens auf beiden Seiten ein Antrieb zur Mässigung sein wird.

Sie haben uns freilich schon im vorigen Sommer in Aussicht gestellt, dass das begonnene Werk nationaler Einigung durch französische Eifersucht eine Störung erleiden werde und wohl ist es möglich, dass sich die neue noch nicht vollendete Schöpfung in einem Kriege gegen die Nation zu bewähren haben wird, die Deutschland schon so viel Uebel zugefügt hat. Wir scheuen den Kampf nicht, wenn er nothwendig sein sollte. Der Sieg steht in Gottes Hand. Aber wenn wir unterliegen, so werden noch andere Völker ausser dem deutschen erfahren, dass ihre Freiheit mit der preussischen Sache steht und fällt.

---

zumuthen; unsere Heeresverfassung ist unübertrefflich für solide Vertheidigung und kurze, energische Offensive, aber völlig unbrauchbar für eine dauernde Kriegs- und Eroberungspolitik."

Druck von Carl Georgi in Bonn.